DPolG
DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT
im DBB

6
Juni 2022 / 56. Jahrgang

POLIZEISPIEGEL

Auf dem Schirm

Wie Cybercrime bekämpft wird

Seite 14

Eine erfolgreiche Personalratswahl in Hamburg – ein Resümee

Seite 20

Fachteil:

– Polizei auf Twitter – Fluch oder Segen für Medienschaffende?

– Rechtsprechungsübersicht Juni 2022

DPolG für euch vor Ort

Endlich wieder EKB zur Walpurgisnacht und zum 1. Mai

Nach den langen Einschränkungen durch die Pandemie konnten wir dieses Jahr endlich wieder die Einsatzkräftebetreuung (EKB) durchführen. Ich habe mich sehr darauf gefreut, weil es eine Aktion ist, in der wir für die Einsatzkräfte rund um den 1. Mai direkt etwas Gutes tun können. Es ist vielleicht nur ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber an den Reaktionen der Menschen habe ich erneut erlebt, dass es gerade kleine Gesten der Freundlichkeit und des Wahrnehmens sind, die dazu beitragen, diese anstrengenden Einsätze etwas besser durchzustehen.

Der DPolG-Landesvorsitzende (V) Torsten Riekötter verteilt Snacks am Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark.

Abgerundet werden solche Tage der Einsatzkräftebetreuung natürlich durch das Zusammensein mit meinen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen. Ihr seid toll und ich bin sehr stolz, an eurer Seite zu sein. DANKESCHÖN!

© DPolG Berlin (3)

Astrid Just hat das Kottbusser Tor im Blick.

Eure Astrid Just,
stellvertretende Landesvorsitzende DPolG Berlin

Die DPolG Berlin fordert eine schnelle personelle Unterstützung, Technikoffensive und langfristig eine Reform der Beamtenausbildung

Zentrale Bußgeldstelle Berlin kurz vor dem Kollaps

Die Bußgeldstelle ist seit 2020 unter kommissarischer Leitung. Das ist ein haltloser Zustand. „Die DPolG Berlin fordert deshalb, die Leitung zügig zu besetzen“, sagt Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der DPolG Berlin.

Und weiter: „Wir fordern zweitens auch personell eine schnelle Hilfe.“ Die dafür zuständige Direktion ZS innerhalb der Polizei Berlin kann sofort bereits bewährtes Personal aus dem Kreis der Tarifbeschäftigten der Bußgeldstelle für das Ausüben der Funktion von guten Sachbearbeitern zulassen.

Wir fordern drittens eine nachhaltige Technikoffensive. Die bestehende IT-Technik ist veraltet und unzureichend.

Unsere vierte Forderung bezieht sich auf die Ausbildung. So muss umgehend mehr Nachwuchs besonders für den gehobenen allgemeinen nicht technischen Verwaltungsdienst analog zum Polizeivollzug direkt für die Behörde ausgebildet werden.

Langfristig sehen wir politisch die Notwendigkeit, die Beamtenausbildung für die Verwaltung zu reformieren.

Konkret bedeutet das:
- die Wahlfreiheit für die Fachhochschulabsolventen, sich bei ihrer Wunschbehörde selbst bewerben zu können,
- sowie die Wahlfreiheit der Behörde, sich durch den direkten Zugriff ihre Fachhochschulabsolventen selbst auswählen zu können.

Fortsetzung auf Seite 4

Inhalt

1 Drohender Kollaps der Bußgeldstelle
2 EKB zum 30. April/1. Mai
4 Kein Ende der Schießstandaffäre
5 Dauerbrenner Gratis parken
6 Interview zur Einsatznachsorge (Teil 2)
7 PKS 2021 & Inside Moko
8 Termine

Impressum:
Redaktion: Kay Biewald
E-Mail:
presse@dpolg-berlin.de
V. i. S. d. P. Bodo Pfalzgraf
Landesgeschäftsstelle:
Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin
Besuchszeiten:
Mo. bis Mi. 9–15 Uhr
Do. 9–18 Uhr
Fr. 9–13 Uhr
Telefonsprechzeiten:
Mo. bis Fr. 10–13 Uhr
Tel. 030.3933073
Fax 030.3935092
Internet: www.dpolg.berlin
E-Mail: post@dpolg-berlin.de
ISSN: 0723-1814
Facebook: @polizei.berlin.5
Twitter: @DPolGBerlin
Instagram: @dpolgberlin

Wer mit seinem Handy diesen Code einscannt, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.

Walpurgisnacht und 1. Mai: Die DPolG-Teams waren für euch unterwegs

30. April: zwischen Leo und Kotti

Kam zur EKB am Kottbusser Tor dazu: der DPolG-Landestarifbeauftragte (V) Andreas Dittrich

Nach mehr als zwei Jahren Coronapause konnten wir als DPolG Berlin zum 30. April und 1. Mai wieder unsere altbewährte Einsatzkräftebetreuung (EKB) anbieten. Zur Walpurgisnacht startete ein motiviertes Team, bestehend aus unseren beiden Landesvizevorsitzenden Astrid und Torsten sowie dem Redaktionsteam Tanja und Kay, mit einem voll bestückten DPolG-Bus. Unser großer Dank geht an unseren freiwilligen Superhelfer Carsten für die Organisation und das Beladen der Fahrzeuge mit Getränken, Snacks, Äpfeln, Bananen, der Broschüre „Freund & Helfer“, Kugelschreibern und Merkheften.

Unser erster Kräftebetreuungsstopp erfolgte am 30. April gegen 16 Uhr beim Aufzug am Leopoldplatz im Wedding. Dort waren Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein und Berlin eingesetzt.

Im Anschluss fuhren wir zu Einheiten der Bundespolizei aus Blumberg zum Vorplatz am Bahnhof Gesundbrunnen.

Tradition hat der nächste Halt: am Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, wo uns die Berliner und sachsen-anhaltinischen Hundertschaften freundlich empfingen.

Für euch am 30. April 2022 unterwegs; Teamfoto in der Friesenstraße bei der Abt. V: Torsten Riekötter (rechts) und Astrid Just (links), beide Vizelandesvorsitzende der DPolG Berlin, sowie Kay Biewald, Landesredakteur und stellvertretender Kreisverbandsvorsitzender Dir E/V

So sieht die häufigste Bewegung bei der EKB aus: der Griff in den Korb.

Nächster Stopp: Kottbusser Tor. Dort fand eine Demo gegen die geplante Kotti-Wache statt und wir trafen gegen 17.30 Uhr Polizeipräsidentin Frau Dr. Slowik mit der Einsatzleitung. Letzte Station machten wir bei den Verkehrseinheiten in der Friesenstraße in Kreuzberg.

Nach mehr als vier Stunden bei strahlendem Sonnenschein waren unsere Vorräte verteilt, wir um zahlreiche gute Gespräche und schöne Aufnahmen reicher und viele Kolleginnen und Kollegen gut versorgt.

Damit verabschiedete sich am Abend das Walpurgisnachtteam. Denn am Vormittag zum 1. Mai übernahmen zwei weitere Teams die EKB in Grunewald, Kreuzberg, Neukölln, Mitte und dem Wedding.

Euer Kay Biewald, Landesredakteur und stellvertretender Kreisverbandsvorsitzender Dir E/V

1. Mai – wir waren dabei!

Einschwören des Teams vor der Landesgeschäftsstelle in Alt-Moabit

Unentbehrlich: Carsten Neye (KV Dir ZeSo) im Gespräch

Torsten Riekötter, Vorsitzender KV Dir 4 (Süd), bei der AHu Dir 4 an der Gothaer Straße

Es ist ein Feiertag, bei dem der Großteil der Kollegenschaft jedes Jahr dabei ist: der 1. Mai. Um den Kolleginnen und Kollegen der Polizei Berlin, der unterstützenden Polizeien anderer Bundesländer und der Ordnungsämter trotz der hohen Arbeitslast den Tag im wahrsten Sinne des Wortes zu versüßen, kamen zahlreiche Unterstützende zusammen. Sie fuhren von einem Bereitstellungsort zum nächsten, sofern es trotz der zahlreichen Absperrungen möglich war.

Unser Einsatzkräftebetreuungstelefon stand nicht still, unsere eigene „Leitstelle“ Andreas koordinierte die Anfragen, lotse uns quer durch Berlin und ermöglichte damit die Leckereienlieferung für fast alle Meldenden. Wir hatten dabei die Möglichkeit, mit vielen Kolleginnen und Kollegen interessante und ausgiebige Gespräche zu führen und nützliche Hinweise für unsere Gewerkschaftsarbeit mitzunehmen. Mit Beginn der traditionellen 18-Uhr-Demo zogen wir uns langsam aus dem Kern Neuköllns und Kreuzberg zurück und besuchten noch vereinzelt Einsatzkräfte außerhalb des Einsatzgeschehens.

Nachdem wir die Reste in unserer Landesgeschäftsstelle verstaut hatten, konnten wir sogar noch der Bahnhofsmission am Zoologischen Garten eine Freude bereiten: Sascha Lebrun (KV Dir 2) und ich übergaben die nicht verteilten Bananen und Äpfel, sie wurde mit großem Dank entgegengenommen.

Ich möchten allen Ehrenamtlichen an dieser Stelle noch einmal persönlich Danke sagen: **Michael Birk, Michael Nasdala, Björn Hartmann, Nicole, Carsten Neye, Dietmar Möller, Marvin Magull, Eric Schlegel, Tim Heimann, Karin Breunig, Torsten Freiberger, Norma Bohm, Andreas Dittrich und Sascha Lebrun!**

Ohne euch wäre die EKB nicht möglich gewesen und hätte auch nur halb so viel Spaß gemacht. Bis zur nächsten EKB!

Eure Victoria-Marie Gordon, DPolG-Landesvorsitzende (V)

Treff mit Bone, dem „Heldenpolizisten“ vom Reichstag (2020), und seinem Zug (AHu 5) an der Sonnenallee

© DPolG Berlin (6)

Links oben: Schon am Morgen unterwegs war Torsten Riekötter, Vorsitzender (V) DPolG Berlin, unter anderem bei der Fahrradstaffel in Neukölln. Rechts oben: Dietmar Möller, Vorsitzender KV Dir ZeSo mit Carsten Neye, Stellvertreter. Unten Sascha Lebrun, Vorsitzender KV Dir 2 (West), und Victoria-Marie Gordon, Vizevorsitzende KV Dir 5 (City) und Vizelandesvorsitzende DPolG Berlin. Rechts übergeben beide am Abend die übrigen Lebensmittel an die Bahnhofsmission.

Fortsetzung von Seite 1 Drohender Kollaps der Zentralen Bußgeldstelle

Geldkuh und Rüffler

Die Aufgaben wachsen ...

Im Jahr 2019 hatte die Bußgeldstelle mehr als 4,3 Millionen Anzeigen zu bearbeiten. Die Zahl ist während der Pandemie gesunken, weil weniger Menschen unterwegs waren und der Polizeivollzug und die bezirklichen Ordnungsämter nicht so viele Anzeigen aufnehmen konnten. Sie mussten sich um die Durchsetzung der Infektionsschutzverordnung kümmern und weit mehr Demonstrationen betreuen als zuvor. Das Volumen wird aber wieder steigen.

... und die Einnahmen auch

Die Bußgeldstelle ist eine goldene Kuh: Mehr als 88 Millionen Euro hat das Land Berlin im Jahr 2019 aus allen Verkehrsordnungswidrigkeiten eingenommen. Im Jahr 2022 werden es fast 100 Millionen Euro sein. Neu sind Mehreinnahmen – aber auch Mehrarbeit – durch den neuen Bußgeldkatalog.

Mehr Arbeit für die Bußgeldstelle

Mehr Arbeit für die Sacharbeiter

Wegen der Novellierung des Bußgeldkatalogs im Jahr 2021 sind die Sätze der Geldbußen erheblich gestiegen. Das bedeutet Mehrarbeit: Was vorher als Verwarnungsgeld mit einer Sofortzahlung abschließend erledigt werden konnte, muss nun „angefasst“ werden. Der Vorgang beschäftigt jetzt also einen Sachbearbeitenden, um den Bußgeldbescheid zu erlassen.

Mehr Arbeit durch mehr Schriftverkehr und Einsprüche

- Jetzt gelten höhere Geldbußensätze, zum Beispiel beim Parken in zweiter Reihe. Höhere Geldbußensätze führen zu mehr Schriftverkehr und in der Folge zu mehr Einsprüchen. Bei Geschwindigkeitsüberschreitungen werden vielen Betroffenen zusätzlich das Foto und wunschgemäß die weiteren Beweismittel übersandt.
- Es gibt schneller einen Punkt beim Kraftfahrtbundesamt in Flensburg im Bußgeldbescheid. Da gehen die Betroffenen vielfach regelrecht auf die Barrikaden.

Außerdem steht der **politische Wille** im Raum, die Verkehrsüberwachung zu verstärken. Geplant sind:

- Ausbau der Geschwindigkeitsmessungen (Schlagwort: Tempo 30 berlinweit)
- Einrichtung von mehr als 60 neuen Blitzeranlagen
- Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen
- Technische Neuerungen zur Parkraumbewirtschaftung

Anders ausgedrückt: Die Zentrale Bußgeldstelle bringt dem Land Berlin eine Menge Geld ein. Wenn sie funktioniert. Doch das ist bald nicht mehr der Fall.

Mehr Nachwuchs ausbilden

In der Zentralen Bußgeldstelle arbeiten über 300 Kolleg(inn)en im Innendienst. Die Mitarbeitenden sind in fünf Gruppen organisiert. Eine zusätzliche Gruppe ist in Planung, um den erhöhten Arbeitsaufwand überhaupt bewältigen zu können. Dringend gebraucht werden dafür Führungskräfte im „gehobenen Dienst“: Gruppenleiter, Hauptsachbearbeiter und Erste Sachbearbeiter. „Wir können die Löcher nicht mehr stopfen, wir sind personell ausgeblutet“, sagt der DPolG-Landesvorsitzende Bodo Pfalzgraf. „Wir bräuchten kurz- bis mittelfristig mindestens 20 Leute für den gehobenen Dienst. Die Stellen sind teilweise schon jetzt vakant. Weitere Dienstkräfte scheiden demnächst aus Altersgründen aus.“

Schnelle Hilfe

Schneller könnte die Polizeibehörde eine Regelung treffen in Bezug auf die Tarifbeschäftigten. Unser Vorschlag lautet: Langjährig bewährte Mitarbeitende nach EG 9a TV-L mit guter Beurteilungslage sollen ohne den langjährigen Verwaltungslehrgang II eine Führungsaufgabe als Erste Sachbearbeiter wahrnehmen können (EG 9b TV-L). Denn sie haben das Fachwissen. ■

Das sind die Aufgaben der Zentralen Bußgeldstelle

Sie bearbeitet sämtliche Verkehrsordnungswidrigkeiten im Land Berlin und hat damit in Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal. Wer falsch geparkt hat, zu schnell gefahren oder gar bei Rot über die Ampel gefahren ist, folgenlos betrunken am Steuer erwischt wurde oder ein Fahrzeug mit Mängeln führt – die Bußgeldstelle bearbeitet den Fall.

Fehler, Fehler, Fehler – der Abschlussbericht der Sichtungskommission liegt vor

Problem Schießstände

Die auf Initiative von BDK, DPolG und GdP in Absprache mit dem damaligen Innensenator Andreas Geisel vor gut einem Jahr eingesetzte Sichtungskommission zum Ausgleichsfond Schießstätten hat nun ihren Abschlussbericht (148 Seiten) an die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport übergeben.

Das Ergebnis ist erschreckend: Alle der 178 gesichteten Beschwerdevorgänge von Antragsstellenden zu den Ausgleichszahlungen des eingerichteten Fonds sind berechtigt. Alle weisen auf eine fehlerhafte Bearbeitung hin.

Die zuständige Senatsverwaltung möchte den ausführlichen Bericht in den nächsten Wochen vollständig auswerten und danach über weitere Schritte informieren.

„Wir haben gemeinsam mit SenInn von Beginn an auf vertrauensvoller Basis an einer Lösung gearbeitet, um den berechtigten Beschwerden in aller Sorgfalt nachkommen zu können“, sagt Bodo Pfalzgraf,

Fortsetzung nächste Seite

© DPolG Berlin

Fortsetzung von Seite 4

Landesvorsitzender der DPolG Berlin. Und weiter: „Unsere Kolleginnen und Kollegen sowie ihre Familien verdienen eine vollständige Aufarbeitung und Berücksichtigung der Belastung. Wir verlassen uns auf die Zusage des Staatssekretärs, dass wir den Bericht zeitnah zu sehen bekommen."

Hintergrund waren mitunter sehr fragwürdige Entscheidungen der vom Senat eingesetzten Bewertungskommission im Umgang mit eingebrachten Anträgen.

So wurde unter anderem die Dauer der Belastung auf schadstoffverseuchten Schießständen nicht berücksichtigt.

Betroffene, die nur kurze Zeit dort tätig waren, erhielten in zahlreichen Fällen eine vergleichbare Entschädigungszahlung wie Kollegen, die über Jahrzehnte giftigen Pulverdämpfen ausgesetzt waren. ■

Gesundheitstag der Direktion 1

DPolG vor Ort

© DPolG Berlin

Am 18. Mai fand der Gesundheitstag der Direktion 1 statt. Der Kreisverband Dir 1 (Nord) unterstützte die Veranstaltung mit einem Geldbetrag und war mit einem Infostand vor Ort. „Gern genommen wurden das Obst und die Getränke", sagte Mareike Scharf, Vize-KV-Vorsitzende. Es war Zeit zum Gespräch, BesucherInnen stellten viele Fragen zum Leistungspaket unserer Gewerkschaft. Unser Landesvorsitzender Bodo Pfalzgraf kam zur Unterstützung und zu Gesprächen vorbei.

Wer Mitglied werden wollte, konnte gleich beitreten. Bestehende Mitglieder erhielten – wie die Neuen – eine kleine Überraschung. Wenn du dich auch für deine Kolleginnen und Kollegen einsetzen möchtest, melde dich bei uns: mareike.scharf@dpolg-berlin.de.

Gefangenenwesen: erfolgreiche Klage der DPolG

Urlaubsanspruch bleibt komplett bestehen.

Im Auftrag der DPolG Berlin wurde mit Erfolg ein Verfahren vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) Berlin für eine Tarifbeschäftigte der Direktion ZeSo, Referat Gef, geführt.

Freischichten schmälern den Urlaubsanspruch nicht!

Die von der DPolG vertretene Klagende arbeitet im Wechselschichtdienst. Sie hat eine wöchentliche Arbeitszeit von 38,5 Stunden. Ihr wird ein Urlaubsanspruch von 28 Arbeitstagen gewährt.

Diese 28 Arbeitstage garantieren jedoch keinen Urlaub von sechs Wochen. Wie dieses bei Arbeitnehmenden, die in der Fünftagewoche arbeiten, der Fall ist.

Die Klagende arbeitet durchschnittlich 5,25 Arbeitstage pro Woche. Damit eine Vergleichbarkeit der Urlaubsdauer hergestellt werden kann, muss diese gegenüber der Fünftagewoche, umgerechnet werden (Vergleich § 26 TV-L). Durch die Stundenarbeitsbelastung von 12,25 Stunden entsteht regelmäßig Mehrarbeit. Diese Mehrarbeit wird durch sogenannte Freischichten ausgeglichen. Gleichzeitig will der Arbeitgeber durch die gewährten Freischichten die im Jahr zu arbeitenden Arbeitstage reduzieren. Mit der Folge, dass sich dadurch der Urlaubsanspruch reduziert.

Dem hat das Landesarbeitsgericht Berlin (Urteil vom 4. Mai 2022, SA 1135/21) einen Riegel vorgeschoben. Es hat entschieden, dass die Freischichten zu keiner Schmälerung der Arbeitstage als Urlaubstage führen dürfen.

Werden nun die tatsächlich zu leistenden Arbeitstage, nach § 26 TV-L Abs. 1 Satz 3, zur Berechnung herangezogen, so würde sich die Zahl der Urlaubstage im Referat Gefangenenwesen auf 32 erhöhen und die tarifvertraglich vorgeschriebenen sechs Wochen Urlaub würden dann auch rechnerisch zumeist erreicht.

Weitere Informationen folgen, wenn das Urteil des Landesarbeitsgerichts vorliegt. Schon jetzt können wir davon ausgehen, dass dieses Urteil eine große Bedeutung für viele Mitglieder der DPolG haben kann.

Euer Andreas Dittrich, Landestarifbeauftragter (V)

Gut gemeint – zu kurz gedacht! Ein Kommentar von Astrid Just

Gratisparken für alle Schichtdienstleistenden

© DPolG Berlin

Astrid Just ist Vize-DPolG-Landesvorsitzende

Parkgebühren sind ein heißes Thema, genauer gesagt: das Parken in den Parkraumbewirtschaftungszonen Berlins. Gleich vorneweg: Grundsätzlich begrüßen wir als DPolG Berlin, wenn der Berliner Senat Einsatzkräften Parkgebühren erlassen will. Aber wir schauen genau hin und müssen sagen: Es ist nicht damit getan, wenn nur die Gebühren für die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nach § 46 StVO (Ausnahmegenehmigung für Berufspendler, AG) für Wechselschichtdienstler wegfallen.

Die Krux ist, überhaupt eine solche Ausnahmegenehmigung durch die Bezirksämter genehmigt zu bekommen.

Denn wegen der mit der Erteilung einer solchen AG verbundenen Auflagen fallen viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst durch den Rost, so fast alle Beschäftigten in den Ordnungsämtern.

Deshalb fordern wir:

1. Gebührenerlass für alle Schichtdienstleistenden
2. Erleichterte Erlangung einer Ausnahmegenehmigung für Berufspendler(innen) und Anpassung der Zeitfenster
3. Zügige Umsetzung dieser Neuregelungen

Eure Astrid Just, DPolG-Landesvorsitzende (V)

Interview mit Katja Schmal von der Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung (Teil 2)

Im Mittelpunkt: der Mensch

Katja Schmal ist Hauptsachbearbeiterin der Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung (KoSt PSNV).

Seit 1. März 2021 bietet das Einsatznachsorgeteam in der Polizei Berlin psychosoziale Notfallversorgung für Einsatzkräfte an. Unser POLIZEISPIEGEL-Landesredakteur Kay Biewald hat mit Katja Schmal über den Service der Einsatznachsorge gesprochen. Den ersten Teil des Interviews findet ihr im POLIZEISPIEGEL vom Mai 2022 und auf unserer Homepage www.dpolg.berlin.

Frau Schmal, wie werden weitere „Peers“ gefunden?

Da wir nach dem ersten Aufruf so zahlreiche Bewerbungen erhalten und so viele Interessierte das Auswahlverfahren erfolgreich absolviert haben, können wir gegebenenfalls weitere Peers aus diesem Pool nachbesetzen. Sollten wir darüber hinaus „Zuwachs“ benötigen, werden wir wieder einen Aufruf im Intranet veröffentlichen. Es hat sich gezeigt, dass wir auf diesem Weg viele Kolleginnen und Kollegen erreichen. Die Aus- und Fortbildung führt auch zukünftig die Bundesvereinigung SbE e. V. durch.

Wie bewirbt man sich?

Derzeit haben wir die komfortable Situation, über ausreichend Personal im ENT zu verfügen. Bewerbungen können aber initiativ an unsere Dienststelle Dir ZS Pers D 31 KoSt PSNV (Koordinierungsstelle Psychosoziale Notfallversorgung – Mail: KoStPSNV@polizei.berlin.de) geschickt werden. Bei Bedarf kommen wir gern auf die Kolleginnen und Kollegen zu. Wir sind für Fragen jederzeit ansprechbar.

Was ist konkret mit Einsatznachsorge gemeint?

Unter Einsatznachsorge verstehen wir die Akutintervention relativ zeitnah nach einem belastenden Einsatz. Dies muss nicht (kann aber) unmittelbar am Tag des Einsatzes erfolgen, sollte im Optimalfall jedoch wenige Tage danach durchgeführt werden. In einem geschützten Rahmen wollen wir den Einsatzkräften die Möglichkeit geben, über die verschiedenen Aspekte der belastenden Einsatzsituation zu sprechen. Dabei soll es nicht um eine taktische Nachbereitung gehen, sondern darum, wie sich die Kolleginnen und Kollegen in der Situation gefühlt haben und welche Reaktionen sie vielleicht nach dem Einsatz an sich beobachtet haben. Im Gespräch wollen wir das Erlebte einordnen, Belastungsreaktionen erklären und gemeinsam schauen, was in der nächsten Zeit und auch im Hinblick auf zukünftige Einsätze hilfreich sein kann. Einsatznachsorge kann im Einzel- oder Gruppengespräch stattfinden, das entscheiden die betroffenen Kolleginnen und Kollegen selbst. Auch wo das Gespräch stattfindet, auf der eigenen Dienststelle oder außerhalb, entscheiden die Betroffenen selbst. Alle ENT-Mitglieder unterliegen der Schweigepflicht.

Wie lange wird die Einsatznachsorge nach einem Einsatz angeboten?

Grundsätzlich sollte das Einsatznachsorgegespräch innerhalb von vier Wochen nach einem belastenden Einsatz geführt werden, um möglichst schnell auf eventuell auftretende Reaktionen reagieren zu können. Wenn Kolleginnen und Kollegen sich jedoch mit einem Gesprächswunsch zu einem länger zurückliegenden dienstlichen Ereignis an uns wenden, überlegen wir gemeinsam, ob eine Nachsorge zu diesem Zeitpunkt noch sinnvoll ist oder ob andere Beratungsangebote (behördenintern oder -extern) eher eine Anlaufstelle sein könnten.

Wann und wie ist das Einsatznachsorgeteam zu erreichen?

Das Einsatznachsorgeteam ist 24/7 an allen Tagen im Jahr über die interne Hotline 797979 zu erreichen. Eine Alarmierung kann durch die betroffenen Einsatzkräfte selbst, durch die jeweiligen Vorgesetzten oder durch das Lagezentrum erfolgen. Am Telefon wird zunächst besprochen, was passiert ist, ob eine Einsatznachsorge sofort erforderlich ist oder ob ein Termin in den folgenden Tagen verabredet wird. Wichtig ist, dass die Inanspruchnahme des Einsatznachsorgeteams immer freiwillig erfolgt: Die Kolleginnen und Kollegen, die den Einsatz hatten, entscheiden selbst, ob und wann sie ein Gespräch führen möchten. Am Einsatznachsorgegespräch nehmen auch nur Kolleg*innen teil, die in dem jeweiligen Einsatz eingesetzt waren.

Wir als Koordinierungsstelle PSNV sichten zudem täglich die formellen Nachrichten und schreiben proaktiv die Dienststellen an, die aus unserer Sicht in Einsätzen gebunden waren, die potenziell für eine Nachsorge infrage kommen. Wir bitten in unserer E-Mail darum, unser Angebot an die betroffenen Kolleginnen und Kollegen weiterzuleiten. Auch auf diesem Weg werden wir zu Nachsorgegesprächen eingeladen.

Wie viele Gespräche gab es inzwischen?

Das Einsatznachsorgeteam der Polizei Berlin hat am 1. März 2021 offiziell seine Arbeit aufgenommen. In den ersten zwölf Monaten hat das Team 101 Einzel- sowie Gruppengespräche mit 340 betroffenen Einsatzkräften geführt.

Nach welchen Einsatzanlässen kann das Einsatznachsorgeteam angefordert werden?

Das Erleben, Bewerten und Verarbeiten der unterschiedlichsten Einsatzsituationen ist für jede*n sehr individuell. Deshalb gibt es aus unserer Sicht keine festgelegten Einsatzanlässe für eine Alarmierung des ENT. Häufiger werden wir zum Beispiel nach Suiziden, schweren Verkehrsunfällen mit tödlich Verunglückten, nach Gewaltvorfällen oder nach einem Schusswaffengebrauch alarmiert. Für uns sind die Einsatzanlässe jedoch zweitrangig. Wenn eine Kollegin oder ein Kollege nach einem Einsatz betroffen ist und einen Gesprächswunsch äußert, sind wir da.

Vielen Dank für das interessante Interview und die interessanten Einblicke in die PSNV.

© Andreas Veith (2)

Hospitation im LKA 11 (3. Teil)

Inside Moko

Polizeihauptkommissar Andreas Veith hat im Spätsommer 2021 bei der Mordkommission einige Wochen hospitiert. Wir drucken seinen Erfahrungsbericht für euch ab.

Fall 1 – der verstorbene Demonstrant

Wie am Vorabend bereits angekündigt, beginnt der erste Tag meiner Hospitation mit einem aktuellen Fall, der mich unweigerlich an meine Dienstzeit bei der Einsatzhundertschaft erinnern wird.

Pünktlich um 8 Uhr sitze ich im Aufenthaltsraum der 6., in dem bereits alle Kolleginnen und Kollegen versammelt sind. Nach einer kurzen Begrüßung meiner Person im Kreise aller beginnt Bernhard mit der Vorstellung des Falles, der sich recht schnell als ein eher untypischer Mordkommissionsfall darstellt. Denn ein vorsätzliches Tötungsdelikt ist nach Schilderung der Tatumstände zunächst nicht erkennbar. Dass die Mordkommission den Fall dennoch übernommen hat, wird sich jedoch zeitnah als goldrichtig erweisen.

Während zahlreicher Aktionen, die sich gegen die Coronamaßnahmen der Bundesregierung richten, nehmen Dienstkräfte einer Einsatzhundertschaft einen Demonstranten in Gewahrsam, dessen Gesundheitszustand sich plötzlich verschlechtert. Der Mann kollabiert schließlich im alarmierten Rettungswagen und verstirbt kurze Zeit später aus zu diesem Zeitpunkt unerklärlichen Gründen in der Charité.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden des Todes ist die Polizei Berlin insbesondere in den sozialen Netzwerken verbalen Angriffen und Anfeindungen ausgesetzt. Dem Verstorbenen wird durch die Querdenkerszene sofort eine Märtyrerrolle zugeschrieben. Er sei ein Opfer von Polizeigewalt. Sogar von Mord durch die Merkel'sche Schlägertruppe ist die Rede und die Einsatzkräfte werden mit verbrecherischen Organisationen aus der NS-Zeit verglichen. Dass ein Mensch viel zu früh starb und trauernde Angehörige hinterlässt, gerät angesichts der schwer zu ertragenden politischen Instrumentalisierung des Geschehens zunehmend in den Hintergrund.

In diesem Kontext liegt der Fall nun bei der 6., deren Aufgabe darin besteht, durch objektive und konzentrierte Ermittlungen die Todesumstände aufzuklären. Schnell liegen die Vorteile der Vorgangsübernahme durch die Mordkommission auf der Hand. Durch einen direkt ansprechbaren Staatsanwalt, der sich wie die Mordkommission ebenfalls in Bereitschaft befindet, ist bereits die Obduktion des Verstorbenen angeordnet, welche noch am Montagvormittag im Beisein von Bernhard und eines weiteren Kollegen der 6. stattfindet. Die anderen Kommissionsbeamten kümmern sich währenddessen unter anderem um die Kontaktaufnahme zu den Angehörigen, den Verbleib des minderjährigen Sohnes sowie die Habseligkeiten des Verstorbenen und tragen alle bis dahin gefertigten schriftlichen Aussagen von den am unmittelbaren Einsatz beteiligten Dienstkräften der Einsatzhundertschaft zusammen.

Am frühen Nachmittag erscheint der festnehmende Beamte der Einsatzhundertschaft in der Keithstraße. Was mag in ihm vorgehen? Schließlich ist er Beschuldigter in einem

© privat

Andreas Veith ist Vizevorsitzender KV Dir 5 (City)

Todesermittlungsverfahren. Angesichts des noch völlig offenen Ermittlungsergebnisses sind die persönlichen Folgen für ihn in dieser Phase überhaupt nicht absehbar. Dennoch stellt er sich den Fragen von Chris und mir.

Kurz nach der Vernehmung erfahre ich vom vorläufigen Obduktionsergebnis. Mehr und mehr fügt sich alles zu einem Bild zusammen, auch wenn mit den bisher aneinander gesetzten Puzzleteilchen noch keine abschließende Bewertung des Fallgeschehens möglich ist.

Der kommende Tag ist daher von den weiteren, in diesem Fall noch offenen Ermittlungen geprägt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Vernehmung eines Zeugen.

Fortsetzung im nächsten POLIZEISPIEGEL Begonnen hat die Serie im POLIZEISPIEGEL 4/2022. Alle Ausgaben findest du auf unserer Homepage: www.dpolg.berlin.

Die DPolG Berlin fordert besseren Schutz von Einsatzkräften

PKS 2021: Tatmittel Messer

Am 22. April 2022 hat Berlins Polizeipräsidentin Dr. Barbara Slowik die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2021 vorgelegt. Bodo Pfalzgraf, Landesvorsitzender der DPolG Berlin, hebt drei Punkte hervor:

1. die größte Schadenssumme aller Zeiten: eine Milliarde Euro durch Straftaten.

2. die tätlichen Angriffe gegen Einsatzkräfte mit einer Steigerung von mehr als 35 Prozent (+ 425 Fälle gegenüber dem Vorjahr).

„Das ist natürlich völlig inakzeptabel. Politik und Gesellschaft müssen da einfach mehr tun", kommentiert Bodo Pfalzgraf.

3. den Anstieg auf 2 777 Fälle mit dem Tatmittel Messer (2020: 2 593 Fälle; + 7,1 Prozent).

Bodo Pfalzgraf weiter: „Die Zahl sagt uns, dass die Messerstecher in der Stadt weiter unterwegs sind, dass das Leben für Einsatzkräfte und Bürger(innen) weiter gefährlich ist." Denn 2 777 Fälle, in denen Messer mitgeführt wurden oder eine Rolle gespielt haben, sind nicht akzeptabel.

„Auch da muss man als Staat ganz deutlich machen, dass Messer nicht erwünscht sind, beispielsweise in allen öffentlichen Gebäuden, und man muss das auch durchsetzen", so Bodo Pfalzgraf. ■

Termine

28. Juni 2022 – Sitzung KV Dir 5 (City)

Der Kreisverband Dir 5 (City) lädt zu seiner Sitzung am 28. Juni 2022 in die Villa Rixdorf am Richard-Platz 6, 12055 Berlin. (U-/S-Bahn Neukölln oder U-Bahn Karl-Marx-Straße) Beginn ist um 17 Uhr.

Aus organisatorischen Gründen wird um eine Teilnahmezusage gebeten bei: frank.neumann@dpolg-berlin.de.

29. Juni 2022 – erweiterte Sitzung KV Dir 1 Nord

Der Kreisverband Dir 1 (Nord) lädt am 29. Juni zu einer erweiterten Kreisvorstandssitzung. Tagungsort, -zeit und TOPs werden noch bekannt gegeben. Bitte schaut auf unserer Homepage nach unter: www.dpolg.berlin/termine.

Ü-55er wandern ins Schloss

Humboldt-Forum

© Holger Schulz

Die Mitglieder der Ü-55-Generation sind eingeladen, am 22. Juni 2022 an der Schlossführung „Humboldt-Forum für Neugierige“ teilzunehmen.

Wir treffen uns zwischen 10 und 10.15 Uhr am Portal 3 unterhalb der Kuppel. Ab 12 Uhr sind Restaurantplätze neben der Dachterrasse für uns reserviert. Die Kosten belaufen sich auf 10 Euro Eintritt.

An der Gruppenführung können maximal 15 Personen teilnehmen. Anmeldungen sind bis zum 8. Juni 2022 über unsere Landesgeschäftsstelle möglich. Die zeitliche Reihenfolge der Anmeldungen entscheidet über die Teilnahme an der Führung.

Auf ein Wiedersehen freuen sich eure Beisitzer Senioren Holger Schulz und Steffen Lehbrink ■

Deine Daten: Halte uns auf dem Laufenden!

Da wir euch immer allumfassend informieren wollen, bitten wir alle Mitglieder, bei denen sich inzwischen Änderungen der persönlichen Daten ergeben haben, diese unserer Geschäftsstelle schriftlich mitzuteilen.
Zu den persönlichen Daten gehören: **Wohnort** (Wohnortwechsel), **Dienststelle** (Dienststellenwechsel), **Gehalts- oder Besoldungsgruppe** (Veränderungen), **Name** (Namenswechsel), **Bankverbindung** (Wechsel) und neue **Telefonnummern** oder **E-Mail-Adresse**.

Ihr könnt uns alle Änderungen direkt online über unsere Homepage zusenden unter **https://www.dpolg.berlin/mitgliedschaft/aenderungsmitteilung.**

Notfallnummer der DPolG Berlin

Gilt nur außerhalb der Geschäftszeiten.

0177.3008710

© aratian/Fotolia

Suchtprobleme? Alkoholprobleme?

Dann Kreuzbund Berlin!

- Wir bieten Hilfe außerhalb der Polizei!
- Gruppen in Berlin und bundesweit!
- Eine ist auch in deiner Nähe!

KREUZBUND

Kreuzbund Diözesanverband Berlin e. V.
Tübinger Straße 5, 10715 Berlin
E-Mail: info@kreuzbund-berlin.de, Tel.: 030.85784380

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Redaktionsschluss für die Juli-/August-Ausgabe ist der 30. Juni 2022.

30 Juni

Veröffentlichungen wie Leserbriefe, Termine, Veranstaltungen, sonstige Wünsche oder Kritik bitte an folgende Adresse senden:

Landesredakteur DPolG Berlin
Kay Biewald, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin,
oder E-Mail: presse@dpolg-berlin.de

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Es entsteht kein Anspruch auf Honorierung und Rücksendung.

Alle mit vollem Namen oder Namenszeichen versehenen Artikel oder Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder der DPolG dar.

Rechtsschutzberatung

Die Rechtsschutzberatung der DPolG Berlin für unsere Mitglieder findet nach Vereinbarung und vorheriger telefonischer Rücksprache statt.

Termine können unter
030.3933073-74
vereinbart werden.

Beratung und Gewährung von Rechtsschutz nur nach der Rechtsschutzordnung des dbb.